

VIVANT- Ostbelgien
Wahlprogramm zur Europa-Wahl am 7. Juni 2009

VIVANT- Ostbelgien tritt mit drei Zielsetzungen bei der Wahl eines Europa- Abgeordneten am 7. Juni 2009 an:

1. **Die Übernahme der Geldhoheit durch die Mitgliedstaaten der EU und die Einführung des Prinzips des “fließenden Geldes“, zur Beendigung der Verschuldungsspirale** in allen Länder der EU und zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen
2. **Die Auszahlung eines bedingungslosen, die Existenz sichernden Grundeinkommens an jeden Einwohner in der EU**, zum Erhalt der Kaufkraft der Bevölkerung, der Löhne und der Pensionen
3. **Die 100% erneuerbare Energieversorgung, hier und jetzt, so schnell wie möglich**, zum Erhalt des Klimas, der Umwelt und der Artenvielfalt

Die Begründung im Einzelnen:

1. Der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen

In den Mitgliedsländern der EU und weltweit herrscht eine immer größer werdende Arbeitslosigkeit aus folgenden Hauptgründen:

- Die Industrie braucht immer weniger menschliche Arbeitskraft auf Grund der technischen Entwicklung
- Das Handwerk und die kleinen und mittelständischen Unternehmen können weniger Arbeitsplätze anbieten und müssen sogar mehr und mehr Mitarbeiter entlassen, weil:
 - . Die Belastung der Arbeit durch Steuern und Sozialabgaben zu hoch ist, als direkte Folge der Verschuldung des Staates
 - . Die Nachfrage aus der Bevölkerung sinkt, als Folge der sinkenden Kaufkraft der Löhne und Gehälter und als Folge der zunehmenden Arbeitslosigkeit
- Der Staat als Arbeitgeber kann auf Grund seiner zunehmenden Verschuldung immer weniger Arbeitsstellen für Lehrer, Krankenschwestern, Polizisten, Richter, Kontrollbeamte, usw. bereitstellen und immer weniger öffentliche Aufträge an die Privatwirtschaft vergeben.

Deshalb muss der Staat also die Verschuldungsspirale durch das private Kreditgeldsystem beenden. Er kann dies tun, indem er die Geldhoheit selber ausübt und das notwendige Geld für die Belange des Allgemeinwohls hoheitlich, zins- und tilgungsfrei, in den Wirtschaftskreislauf einbringt.

2. Der Erhalt der Kaufkraft der Löhne und der Pensionen

- Auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit werden immer geringere Arbeitslöhne gezahlt und es entstehen immer mehr prekäre Arbeitsstellen, Zeitarbeit, Leiharbeit und Arbeit auf Abruf
- Durch die steigende Verschuldung des Staates sind auch die sozialen Sicherungssysteme, d.h. die Gesundheitsfürsorge und die Pensionen, gefährdet.

Deshalb muss der Staat durch die Auszahlung eines bedingungslosen, die Existenz sichernden Grundeinkommens, die Kaufkraft der Bevölkerung, auch unabhängig von einer bezahlten

Tätigkeit, erhalten. Dazu muss der Staat die Geldhoheit besitzen, um selber die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen zu können, ohne sich immer weiter zu verschulden.

3. Der Erhalt des Klimas, der Umwelt und der Artenvielfalt

Noch nie, in der Geschichte der Menschheit, hat es eine größere Bedrohung für uns Menschen und für die Tiere gegeben als heute.

Die Vorhersage der Professoren und Klimaforscher von 6°C Welttemperaturerhöhung bis zum Jahre 2100 ist mit dem Überleben der Menschen und vieler Tier- und Pflanzenarten auf der Erde nicht vereinbar!

Noch besteht eine Chance, den Klimawandel zu begrenzen.

Dazu müssen die Industrieländer innerhalb der nächsten 10 bis höchstens 20 Jahre, ihre Energieversorgung zu 100% auf erneuerbare Energiequellen umstellen. VIVANT- Ostbelgien setzt sich deshalb für folgendes Ziel ein:

“100% erneuerbare Energieversorgung, hier und jetzt, so schnell wie möglich“

Die technische Durchführbarkeit beruht auf 3 Säulen:

1. Die optimale Nutzung aller erneuerbaren Energiequellen: Solarstrahlung, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse, Erdwärme, Gezeitenkraft.
2. Die Energieeinsparung und Effizienzsteigerung um 55% des heutigen Verbrauchs
3. Die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung

Die politische Durchführbarkeit erfordert, dass der Staat genügend finanzielle Mittel einsetzen kann, um das Ziel der 100% erneuerbaren Energieversorgung erreichen zu können. Also auch hierfür die Notwendigkeit der Übernahme der Geldhoheit durch den Staat.

Weitere notwendige politische Maßnahmen

1. Die Abänderung des Nizza- Vertrages und des Vertrages von Lissabon
2. Die Beendigung des unsinnigen Umzugskarussells des EU-Parlamentes zwischen Brüssel und Strassburg
3. Die Offenlegung aller Gehälter, insbesondere des Gehaltes der EU-Kommissare, Aufwandsentschädigungen, Pauschalen, Steuerfreibeträge, überzogener Rentenansprüche, usw., sowie gegebenenfalls ihre Korrektur nach unten, gemäß obiger Priorität einer 100% erneuerbaren Energieversorgung.
4. Die Offenlegung aller finanziellen Zuwendungen und Honorarzahlungen von Wirtschafts- und Bankkonzernen an EU-Mandatäre
5. Die Durchforstung aller EU-Subventionen und Streichung aller unsinnigen Subventionen unter Vorgabe der obigen Priorität einer 100% erneuerbaren Energieversorgung und zwecks Vereinfachung der Prozeduren
6. Die Einführung eines Erneuerbaren Energien Gesetzes in ganz Europa zur vorrangigen Förderung der erneuerbaren Energien, in Anlehnung an das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) in Deutschland, mit kostendeckender Einspeisevergütung für den ins Netz eingespeisten erneuerbaren Strom.
7. Die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Erreichung des Energieeinsparzieles: Dazu Beschluss einer europaweiten progressiven und vorausschaubaren Erhöhung der Energiesteuern. Die so erzielten Steuermehreinnahmen erstatten die Mitgliedstaaten der Bevölkerung zurück über ein individuelles “Energiegeld“ und den Unternehmen über eine teilweise Streichung der

Sozialabgaben. Die Begründung dieser Maßnahme liegt darin, dass die Menschen und die Unternehmen erst dann sparsam mit Energie umgehen werden, wenn die Energie progressiv immer teurer wird!

8. Die sofortige Streichung der Steuerfreiheit für Flug- und Schiffstreibstoff
9. Die Umstellung des Individualverkehrs vom Verbrennungsmotor zum Elektromotor innerhalb von 15 Jahren und entsprechende Subventionierung
10. Die militärische Abrüstung in den Mitgliedsländern der EU, eine simultane Abrüstung weltweit, und das Verbot von Waffenexporten aus den Mitgliedsländern der EU. Also eine Abkehr von der NATO-Strategie einer militärischen Aufrüstung Europas und eine Absage an die Adresse der NATO in Bezug auf mögliche Angriffskriege gegen Drittländer zur Eroberung der Rohstoffe dieser Länder!
11. Die Korrektur des EU- Agrarmarktes mit Umstellung von der intensiven, Chemie abhängigen Landwirtschaft auf eine schonende Bewirtschaftung und die Förderung der Landwirte in der EU als Nahrungsmittelproduzenten und als Produzenten von erneuerbaren Rohstoffen und Energien. Die Vergabe der finanziellen Mittel des gemeinsamen Agrarmarktes muss gemäß den im landwirtschaftlichen Betrieb arbeitenden Menschen und nicht gemäß der bewirtschafteten ha-Fläche, des Viehbestandes oder gewisser Produktquoten erfolgen. Dies muss im Rahmen der allgemeinen Auszahlung eines bedingungslosen, die Existenz absichernden Grundeinkommens an alle EU- Bürger und also auch an die Landwirte geschehen. Außerdem fordern wir das sofortige Verbot allen genmanipulierten Saatgutes in den Mitgliedsländern der EU.
12. Die intensive Unterstützung der Entwicklungsländer zur Erreichung der gleichen Zielsetzungen. Das beinhaltet die sofortige und vollständige Entschuldung dieser Länder, die Unterstützung durch die EU beim Aufbau eines eigenen, staatshoheitlichen Geldsystems in diesen Ländern und die Forderung an die Regierungen dieser Länder, dass auch dort die Geldhoheit dazu genutzt wird, um ein individuelles, Existenz sicherndes Grundeinkommen auszuzahlen. Selbstverständlich müssen diese Länder auch beim Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung technisch unterstützt werden.
Nur unter diesen Voraussetzungen kann die EU verhindern, dass immer mehr Wirtschaftsflüchtlinge nach Europa drängen. Nur so ist zu erreichen, dass die Menschen in ihren eigenen Ländern bleiben, der zunehmenden Wüstenbildung entgegenwirken und in Würde leben können.
13. Intensive Aufforstung in Europa und weltweit und Schutz der tropischen Regenwälder
14. Intensive Förderung der Forschung und Nutzung aller Medien zur Bewusstseinsbildung zwecks Erreichen der obigen Zielsetzungen

Die Bevölkerung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union muss auch dringend und intensiv über eine Fehlbeurteilung in Bezug auf die EU aufgeklärt werden. Wenn immer in den Verträgen der EU von Demokratie, von sozialer Gerechtigkeit und von Menschenrechten gesprochen wird, dann mit dem Ziel, den Menschen in der EU, und leider offensichtlich auch noch sehr vielen wohlmeinenden, aber sehr naiven Freizeit-Politikern, eine demokratisch motivierte EU vorgaukeln zu können. Mit Halbwahrheiten, juristisch verschlüsselten Bestimmungen und sogar glatten Lügen wird damit immer noch erreicht, dass die Menschen keine klare Trennung ziehen zwischen dem demokratischen, solidarischen und friedfertigen Europa, welches wir alle uns so sehnlich wünschen, und der heutigen EU, einem Zusammenschluss von multinationalen Banken- Wirtschafts- und Rüstungskonzernen mitsamt den bekannten EU-Institutionen, mit denen dieser

Konzernzusammenschluss sich seit seiner Gründung umgeben hat. Dazu gehört leider auch das EU- Parlament, solange wie dieses Parlament nicht die vollständige legislative Gewalt in der EU besitzt. Das heutige Ziel der EU sind deshalb nicht das demokratische Mitspracherecht, die soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte, sondern es ist, verschlüsselt, die reine Profitmaximierung der Konzerne in Europa und weltweit, auf Kosten der Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Mitgliedstaaten, sowie auf Kosten der kleinen und mittelständischen Unternehmen und der landwirtschaftlichen Familienbetriebe.

VIVANT- Ostbelgien wird sich also auf dem Gebiet der Trennung der Gewalten intensiv einbringen. Deshalb ist auch, zur Stärkung der Demokratie, das Mitspracherecht der Bevölkerung durch den Volksentscheid auf Initiative der Bevölkerung das erklärte Ziel von VIVANT- Ostbelgien sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Über den Einsatz für den Erhalt des Klimas und der Umwelt hinaus, wird sich VIVANT- Ostbelgien auch ganz gezielt für den Tierschutz in Europa und weltweit einsetzen. Dazu im Anhang ein entsprechendes Aktionspapier.

Als weiterer Anhang eine Aufstellung der verschiedenen Stadien und Verträge in der Geschichte der EU, zum besseren Verständnis der tatsächlichen Machtverhältnisse innerhalb der EU.

